

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Kommunalpreis mit dem tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frau und Jugendzeitung einschließlich Bringsolo monatlich 20 Pf. Durch die Zeitungen verschifflich. M. 2.76, unter Streuband für Deutschland und Sachsen-Lügau M. 5. Erhältlich tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Gepäckabholung: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserats werden die eingesetzten Seiten mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinzelte Inserate müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 225.

Dresden, Donnerstag den 28. September 1911.

22. Jahrg.

Die Kompenstationen.

Noch Abschluss der Verhandlungen über die Gestaltung der Verhältnisse in Marokko soll zwischen den beiden Unterhändlern Alberlen und Cambon die Frage der von Frankreich in Deutschland zu gewährenden Kompenstationen im aquatorialen Afrika entschieden werden. Diese "Kompenstationen" sollen den französischen Rücken für die Ausbildung des Deutschen Reiches, das zentrale die gesuchte Vormachtstellung in Marokko erzielt. So sollen dem Herrn v. Alberlen dazu dienen, sowohl den französischen Verhandlungen, die einst den Marokkanern gegeben waren, als auch den Vergleich auf die Hoffnungen, die durch den Panzerzug von Agadir erreicht waren, in Vergessenheit zu bringen. Eine "neue Kolonie" — das soll die Kolonie sein, die das Deutsche Reich aus dem Elend seiner Kolonialpolitik holt.

Von dieser neuen Kolonie dürfte aber das deutsche Volk am wenigsten haben zu sagen, daß das Schicksal uns darüber evakuiert mögeln. Das Gebiet, um das das "größere Deutschland" jetzt wieder vergrößert werden soll, ist derartig eingeschlossen, daß derjenige, der es los wird, besser fährt als jener, der es erwirkt.

Um eine kühnere erregende Enthüllung müssen die Mitteilungen warten, die das Berliner Tageblatt aus dem Bevölkerungsamt der französischen Budapestermission zum gestrigen Kolonialtag über die Zustände im ehemaligen Kolonialgebiet berichtet. Dieser Bericht führt u. a. auf:

"Die Situation des aquatorialen Afrikas ist wahrschaf beunruhigend... Man muß zugeben, daß die Hindernisse unüberwindlich sind. Wenn sie bestehen in folgendem: 1. in einer herzlichen Entwicklung des Imperialismus; 2. in der unheilvolle Gewalttätigkeit der kolonialisierten Gesellschaften; 3. in dem Kolonial-Ministerium, das einen unerträglichen Vorfall entrichtet hat und weiter ist in der Kunft, allen guten Willen zu verhindern. Das Ministerium schlägt sein Systematisch allen nach den Kolonien und es angemahnen, daß es nicht mehr in die Kolonie hinein tritt, die sich darin etablieren, die ungeheure Weisheit der konfessionierten Gesellschaften und die Kreuzfeuer eingehen von ihnen so signalisiert..."

So festgestellt wie verschleiertes Budgete seit 1906 sind, so ist das von 1911 noch viel lässiger. Um es nur einzigeren zu belasten, was man absolut gezwungen, alle Kreide für neue Arbeit zu streichen, sowohl in den allgemeinen wie in den speziellen Budgets. Gleich und außerordentlich ist es, daß die Kolonie in einer unverhältnismäßigen Verlegenheit ist, um durch ein Dekret vom 15. Januar 1911 den Kontinent zu ermächtigen, sein Gehalt um 57.000 Francs zu erhöhen.

Man wird nie genug wiederholen, daß die traumatische Sache unserer Kolonie die Freude der Politik der großen Compagnies ist. Man hat die Schwäche gehabt, die öffentliche Gewalt in den Dienst der Kapitalisten zu stellen, die keine Stärke beherrschen, und wir halten uns länger als Jahr an eine Politik, die durch die schlimmsten Misshandlungen begleitet ist. Und daraus erklärt sich die absolute Verunsicherung dieser Kolonie. Die Ministerin hat in Wahrheit die Kolonie verhängt den Händen der Händler überlassen. Sie erwarteten ja nur, wenn ein großer Sturm kommt, und wenn nur für einige Augenblicke. Die Kolonie geht aus dieser Verwaltung heraus.

Die Verhinderung des freien Verkehrs ist das Hauptziel aller dieser Gesellschaften, und dabei ist noch augenfällig, daß sie an Gewalttätigkeit verzichten. Zwei mutige Männer, Mallaye und Miller, die sich seit Jahren bemühten, die Geister eines wenig aufzutretenden und in Centralverwaltung aus ihrer Stumpfheit zu ziehen, haben durch zweier nebensichtiger und erschreckende Urturteile besiegt. Sie haben festgestellt, daß die Rechtssicherung "in einem Lande von Blut" vollbracht wurde. In einem Bericht des neuwählten Kommissars des Ministeriums heißt es, daß es im fortgeschrittenen Bereich der Direktoren an das Ministerium geht, daß es im nächsten Jahr ein hoher Preis zu produzieren, selbst um den Preis des Verbrechens.

Zuviel ist zu bemerken, daß drei Viertel dieser Gesellschaften auf dem Boden mit Waffen wohnen, in Verlegung ihres Vertrages und der internationalen Verträge. Alle Welt weiß es, daß Verhandlungen finden fast nie statt. Man überläßt es den freien Händlern, das Land mit Pulver und Flinten zu über schwemmen, und wenn die Einwohner, durch die Erfahrungen der Händler zum Beispiel zum Streitkampf, um die Sicherheit zurückzuführen, man nimmt zu. Dieser war, man kann sie nicht, weil die Lage offiziell ist, und man ist mit allen Mitteln verteilen muss, um die Kosten der Expedition zu bestreiten...

Diese Darstellung bietet eindeutig ein furchtbare Dokument kapitalistischer Kolonialhabsüter, sie zeigt aber gleichzeitig, welche Herrschäften die deutschen Diplomaten im Dienste der Deutschen Rieche als Geschenk aufzuwerten. Es wäre eine wahrhaft trostlose Erfahrung, die wir von Frankreich übernehmen sollen! Unseren militärischen Mitteln zu befähigen, um nur die allerhöchstmüder Rieche auf alle absehbaren und irgendwie nennenswerte Errungenschaften jährlich an 12 Millionen Franc in diese Kolonie!

Auch unsere Kolonialherrscher, die sonst nicht genug von den Mitteln der kolonialen Kolonialgebiete schwärmen können, sind diesmal durch ungehalten über die minderwertige Gabe, durch die Rieche das Reich zu mehren gedrängt. So schreibt die alldeutsche Tagliche Rundschau:

"Welcher Wert kann nun dieses Band für uns Deutschen sein? Für Kolonien kommt es wegen seines mörderischen Klimas, das sie lediglich in ganz Syrien, nicht in Betracht...

Die Aussichten für Kaufschulplätzen sind nach den Resultaten, die man im Belgischen Congo erzielt hat, recht zweifelhaft. Was bleibt da übrig als das Holz des Walbes und Eisenstein? Filt-Holz, Öl und Produkte des Naturhauses ist der Export wegen der hohen Transportkosten ausgeschlossen."

Wem zu Nutzen will also die deutsche Regierung den französischen Congo dem deutschen Kolonialbesitz einverleiben? Wenn anders als den Franzosen, die vergnügt sein werden, wenn sie dieses "Hölleland", wie sie ihre Kongotkolonie selbst nennen, mit Anstand loswerden.

Herr v. Alberlen-Wächter glaubte seine Sache gewiß sehr gut gemacht zu haben, wenn er dem Reich aus den Marokko-Verhandlungen eine neue Kolonie mißtäte. Gestellt sich aber immer deutlicher heraus, daß die sogenannte "Kompenstation" die eigentliche Achillesferse des vor dem Abschluß stehenden deutsch-französischen Abkommen darstellt. Deutschland konnte sich angeblich der Macht unabänderlicher Tatsachen auf einen zahmen Protest gegen die Nichtbeachtung der Algeciras-Charte befrachten und sich damit begnügen, seine wirtschaftliche Aktionsfreiheit in Marokko sicherzustellen. Statt dessen hat man mit Grundzügen geprunkt, von Vertragstreue geredet und hat sich dann die Grundzüge nebst der Vertragstreue in einem Geschäft ablaufen lassen, in dem man zugleich doch nur die Rolle des betrogenen Teufels gespielt hat. Deutschland hätte sich durch einen Bescheid auf das plumpen Übermauer von Agadir die Freundschaft der Franzosen und mit ihr gewaltige wirtschaftliche Vorteile erkaufen können, dafür gewinnt es jetzt nur die Unwirtschaft auf den Hof der Kongoneger und die Aussicht auf eine koloniale Pleite.

Der weiße Schrecken in Wien.

— in Wien, 27. September.

Sie nehmen Nacho, blutig, furchtbar Nacho. Eigentlich könnten sie doch wohl mit den unmittelbaren Ergebnissen des blutigen Sonntags zufrieden sein. Das Wiener Proletariat hat bereits das zweite Opfer in die blöde Ecke gebeichtet, den 19-jährigen Arbeiter Joachimsthaler, der an einer Bauchschißwunde Freitag verschieden ist; und zwei von den übrigen neunzig Verwundeten ringen mit dem Tode. Der Lödesopfer — der Regierung und den Werkzeugen ihrer Abschreckungstheorie ist das zu wenig. Sie haben den Gerichtssaal zum Ort der Nacho gemacht, und ohne das russische Kriegsrecht vollstrecken sie Standgerichtsurteile. Fleischliches "Material" hat die Polizei am Sonntag und — am Montag und Dienstag voriger Woche, als der "Ausruh" schon vorbei war — zusammengefangen! Heigheit, jämmerliche Müdigkeit ist die Hauptheftigkeit der Wiener Wachmannschaft. Man nennt es Zurückhaltung, wenn sie angesichts der vermummten Volksmenge sowohl gewöhnt läuft, aber sie fürchtet sich einfach vor der überlegenen Zahl und läuft ihr Stützen beim Auseinandergehen der Menschen. So war es auch am Sonntag. Sie kam überall nach der Tat. Die Nachzügler, die Neugierigen waren ihre Beute. Wie keiner von den Ermordeten und Verletzten in irgend einer Weise an den Verstörungen beteiligt war, so hat die Polizei auch nicht einen von denen in Haft genommen, die die Schulen gefürchtet und den Tramwaywagen angezündet haben. Über sie hat danach 250 Verhaftete. Nur sind es fast durchwegs Leute, denen die Polizei nachsagt, sie hätten einen Stein geworfen und was dergleichen Polizeiauslagen sind.

Aber im Gerichtssaal werden sie zu jahrelangen Kerkerstrafen verurteilt. Es sind im ganzen bisher sechzig abgeurteilt worden, die insgesamt an 48 Jahre Kerker und Arrest erhalten haben. Das zu bewirken hat man eine unbeschreibbare Methode erhaben. Man zieht einfach die Gesetze zur Seite, hebt den Schuldbeweis auf, und belastet dagegen den Angeklagten mit dem Unschuldbeweis. Überdies verändert man jede Übertretung in ein Verbrechen. Vorsichtige Beihilfe fremden Eigentums ist eine Übertretung, wenn der Schadens unter 200 Kronen liegt. Allein man hat nur die wenigen Laternenräumer vor das Bezirksgericht gebracht, wo sie überdies mit den höchsten zulässigen Strafen, drei und sechs Monaten Arrest, belegt wurden. Bei allen anderen Straftätern wurde angenommen, daß sie gegen die Wache geworfen worden seien und das ist dann "öffentliche Gewalttätigkeit", oder daß wegen des Ausfalls und des bösen "gefährlischen Umstände" zuverfahren ist. Und was wird nicht alles zur öffentlichen Gewalttätigkeit. Acht Monate schweren Kerkers (österreichischer Ausdruck für Zuchthaus) bekommt ein Mensch, der ein Tasch gewält hat. Allerdings im Städten der Männer, allerdings während sie standen, so daß von einer "Handanlegung" auch im entferntesten Sinne nicht die Rede sein kann. Ein Junge von 15 Jahren schlägt einen Schimmel zur Seite, um sieben zu können — öffentliche Gewalttätigkeit, drei Monate und das ist die allmäßige Urteilssatzung. Doch am gefährlichsten ist die "Handanlegung" an das Polizeiwohl. Ein Häfster soll das Polizeipferd auf die Nüsse geschlagen, ein anderer es mit dem Stock getroffen haben: beide erhalten

ein Jahr Zuchthaus, denn sie haben nicht bloß öffentliche Gewalttätigkeit begangen durch Handanlegung an das öffentliche Pferd, sondern sie haben auch die Unschuldigen "gefährdet", obwohl in beiden Fällen das Pferd nicht schaut. Ein Mann wirft einen Stein, er hat niemand getroffen, der Stein fiel mittig in einen Steinhaufen, es war erwiesen, daß ein kleiner Kleinkind: anderthalb Jahre Zuchthaus, denn wiederum ist das Gewalttätigkeit und Gefährdung, wiewohl niemand beweisen kann, daß der Steinwurf gegen die Polizei gerichtet war.

Noch schamloseste Gesetzesverstöße geschehen. Wir haben seit Jahren einen Jugendensatz, der von dem außerordentlichen Milderungsrecht Gebrauch machen soll. Vor ihm gehören die Jugendlichen. Aber ein Angestellter, der für einen Steinwurf die schwerste Strafe, zwei Jahre Zuchthaus, erhielt: er war auch einer der Jüngsten, nämlich knapp sechzehn Jahre, und daß man ihn seinem verordneten Richter entzog, daß man ihn des außerordentlichen Milderungsrechtes beraubte, das entwidigt man jetzt mit "Schlamperei". Was sind jedoch die Beweise, auf die hin verurteilt wird? Ein gutes Drittel der Verurteilten wurde gar nicht bei der Tat oder bei deren Vorbereitung erfaßt, sondern bei einer allgemeinen Flucht aus der Woge herausgegriffen. Und da laufen denn die Amtsleute: "Ich erkenne ihn an dem grünen Hut" oder "Er hatte einen grauen Anzug". In einem Fall wurden drei zu je drei Monaten Arrest vom Verfassungsgericht verurteilt wegen einer geschlagenen Patine, ohne daß sich Gericht und Obergericht die Blüte nahmen, nachzuweisen, wen sie für den Täter und wen für den Zeuge halten. In einem Fall kommt ein knappzehnjähriger Junge nur deshalb frei, weil der Verdächtige durch Auffall erfuhr, daß zugleich ein Zweiter wegen desselben Steinwurfs angeklagt ist. Sie waren in einer Zelle — sonst hätte ein Stein zwei Zuchthausstrafen und zwei Zuchthäuser gezeigt.

Wie soll man Worte finden für solche Schänden, die von solchen Männern im Richtertalar begangen werden aus elender Streberei und auf Gesetz — denn der Leiter des Landgerichts war vor Eröffnung der Prozeß vom Justizminister vorgerufen worden. Aber sie haben sich noch nicht fertiggesessen, sie wittern nach neuem Raub. Sie und die Polizei möchten doch auch die Teilnehmer an den wirtschaftlichen Verstößen auf den Blas legen. Und so wird denn ein wahnsinniges Spiegelstern in Ottakring durchgeführt. Lehrer und Lehrerinnen entwidigen sich dazu, bei den Schülern durch peinigende Fragen nach den Steinwerfern zu forschen. Polizeiagenten fragen die Hausbewohner aus, und belästigen die Gespräche der Kinder auf den Gassen. Wenn nun so ein Knapsack und Tasche und Gassis über seine Heldenaten daherkriegt, tritt ihn der Geheimpolizist an, fragt ihn, daß er doch zu klein sei, um solche Taten vollführen zu können. Dann verichert der Kleine und beschwört sein Geldentum dem für harmlos gehaltenen Zivilisten — und wird stets verhaftet. Zu solchen Schrecken steigt die Behörde herab, und bedeutet nicht einmal, wie derartige Niederträchtigkeiten die ohnedies aufgeregte Bevölkerung reizen müssen.

Der Zwist um Tripolis.

Eine friedliche Versöhnung zwischen Italien und der Türkei ist heute noch immer fraglich. "Die Meldungen vieler Blätter über begonnene Vermittlungsbaktionen der Großmächte", schreibt der Lokalzeiger offiziös inspiriert, "sind schon aus dem Grunde unglaublich, weil weder von italienischer noch von türkischer Seite dagehende Anträge den Kabinett der in Vertritt kommenden Mächte gestellt worden sind. In einer Vermittlung muss zudem nach österreichischem Brauch der Wunsch beider streitenden Parteien vorliegen. Das schließt aber, wie wir schon wiederholt betonten, nicht aus, daß die europäische Diplomatie und mit ihr auch die deutsche unter der Hand besteht ist, in Konstantinopel sowohl wie in Rom freundliche Vorstellungen zu machen, die geeignet sind, den Ausbruch von Zwistigkeiten vorzubeugen und Zeit für die Einleitung von Verhandlungen zu gewinnen. Unter diesen Umständen scheint es nicht ausgeschlossen, daß der italienisch-türkische Konflikt noch zu einem friedlichen Ausgleich führt."

So wenig optimistisch der leise Satz auch anstellt — zu einem türkisch-italienischen Krieg dürfte es trotzdem nur kommen, wenn unvorhergesehene Unruhen in Tripolis ausbrechen sollten. Denn die Türkei kann sich bei ihrer innerpolitischen Situation auf einen Krieg kaum einlassen. Libanon und Arabien lauern nur auf den Zeitpunkt einer neuerlichen Erhebung. Kreis will sich losreissen und Griechenland würde eine Vereinigung mit Mazedonien suchen. Unbereinstimmende Meldungen von der türkischen Grenze belogen, daß bereits seit einigen Tagen an der griechischen Grenze eine lebhafte Bewegung herrsche. Griechisches Militär wurde besonders nachts außergewöhnliche Vorlegerungen getroffen. Verstärkungen der Artillerie vorgenommen, Munition und Truppen treffen ein.

An der türkischen Nordgrenze lauern Serbien, Bulgarien, Montenegro, um sich die Stadt Mazedonien zu holen. Daraum werden die Jungfern zu weitgehenden Konzessionen an Italien neigen und auch die Großmächte werden dahin drängen,

dern ein Tripolikrieg würde auch einen Balkankrieg entfesseln, in dessen Gewerbrand auch die Großmächte hineingezogen würden.

Rüstungen.

Moskau, 27. September. Das Tripolis hier eingelauerte Privatarmeen befanden, daß italienische artilleristische mit Landungskreuzerflüchten in einer Entfernung von zwanzig Meilen vor Tripolis liegen. In Tripolis selbst herrsch unter den Italienern eine Panik, weil man befürchtet, daß es im Augenblick eines Landungsversuches zu einem Massaker gegen die Europäer kommen wird.

Moskau, 27. September. Nach privaten Telegrammen berichtete unter den britischen Staatsangehörigen in Tripolis große Sicherung. Sie haben auf ihren Häusern die englische Flagge gehisst. Es ist unmöglich, in Erhabung zu bringen, ob englische Kriegsschiffe eingesandt werden. Angenommen liegen nur die beiden Kreuzer Zulu und Marchion hier. Die Zulu liegt im Tod, während die Marchion morgen nach Venedig weiterziehen wird.

Moskau, 27. September. Das türkische Schiff Derna ist in Tripolis eingetroffen. Es hatte nur wenige Soldaten, sehr wenig Waffen und eine Ladung Kerze an Bord.

Wien, 27. September. Von offizieller türkischer Seite werden der neuen Freien Pforte folgende Sicherung gewünscht: Die türkische Regierung kommt in Verhandlungen wegen militärischer Fragen sowie, wie man sie anderen bestehenden Staaten konzedierte, mit Italien einzutreten, kann jedoch politische Privilegien oder ähnliche Zugeständnisse unter seinen Bedingungen erzielen. Die österreichische Regierung wird ihre unbedienten Rechte und ihre Interessen in Tripolis aufrecht erhalten. Die Sicherheit ist dort vollständig. Vorläufig moet die österreichische Regierung mit Ruhe die Ereignisse ab. Falls aber eine Landung mit Soldaten oder irgendwie Artillerie möglich ist in dieser türkischen Provinz soll erneut jenseits der österreichischen Regierung dies selbstverständlich als casus belli ansehen.

London, 27. September. Neuer Bureau erhält aus Londoner diplomatischen Kreisen, es berichtet der Eintritt, daß schwerer Angriff von Sinallogen wie der Türkei Italien bedroht werden und daß der Zug nach Tripolis so gut wie gewiß sei. Außerdem seien alle Vorbereitungen für einen derartigen Zug bereit. Man glaubt, daß sowohl die Türkei wie Italien darin demagogisch worden seien, daß im Falle eines Zusammenstoßes die allgemeine Haltung der Mächte eine strenge Neutralisierung sein werde.

Notenwechsel.

Konstantinopel, 27. September. Wie der Tonin erfährt, batte die italienische Regierung die Pforte am ersten Bairamtag eine Note überreicht, in der auf die schwierige Lage der italienischen Untertanen in Tripolis und die ihnen drohenden Gefahren hingewiesen wurde. Da ihrer Antwort keine teilte die Pforte der italienischen Regierung mit, daß die italienischen Untertanen keine, meist bedroht seien und daß die österreichische Regierung ihre Sicht auf nun bereits ist. Ferner meldet der Tonin, man habe auf der Pforte die Hoffnung nicht aufgegeben, ein Mittel zur Lösung der Tripolitfrage zu finden, bevor die eine ernste Wendung nimmt. Man glaubt, daß in den nächsten Tagen ein Angriff auf Tripolis zu befürchten sei.

Wien, 27. September. Die italienische Regierung hat alle Mächte verständigt, daß sie von der Türkei vierjährige Garantien für den Schutz des Interesses Italiens in Tripolis verlangt. Von informierter Seite wird mitgeteilt, die italienische Regierung könne sich mit bloßen Verhandlungen der türkischen Regierung nicht mehr begnügen; sie müsse Garantien haben, die in Zukunft eine Sicherung italienischer Interessen in Tripolis unmöglich machen. Diese Garantien müssten materieller Natur sein. Es würde die italienische Regierung in der Anfangszeit einer italienischen Belebung einen wertvollen Schutz der italienischen Untertanen in Tripolis erüben.

Beruhigungsmeldungen.

Konstantinopel, 27. September. Der Großwesir empfing aus Ankara vom schwarzreitenden Sultan in Tripolis ein Telegramm, wonach in Tripolis vollkommen Ruhe herrsche und das Verdachtsmoment des Anwesens an den dortigen Italienern nicht den geringsten Anlaß zu Sorgeziffern gebe.

Tolentino, 27. September. Der italienische Generalconsul beschließt die italienische Kolonie zu sich und macht sie auf die Prüfung der Abrechnungen zwischen den Deutschen und Italienern aufmerksam. Er fordert, die Einzelheiten der Kolonie auf alles zu vermelden, was zu einer Zusammensetzung des Komitees bei den türkischen Behörden führen könnte und bedient sich vor der Kolonie in aller Weise weitere Verhaltensmaßnahmen zu geben. Die Zimmung gegen die Regierung unter dem türkischen Namen und Titel ist gereizt. Diese fordert durch den Sulttan sofort über die Pforte der Pforte gegen Italien informiert zu werden.

Konstantinopel, 27. September. Die Regierung verbietet die Abhaltung des in der Zukunft Ahmed-Pascha geplanten Meetings gegen Italien. Der Präsident berief heute sämtliche bisherigen Redakteure zu sich und empfahl ihnen, keine die Bewaffnung aufzutretenden Artikel zu publizieren, da sonst gegen sie eingehandelt werden würde.

Der Appell an Wilhelm II.

Konstantinopel, 27. September. Der Sultan hat den deutschen Postdirektor aus Palais berufen und hat ihm in aller Form um möglichst schnelle Vermittlung des deutschen Kaisers in dem Tripolikriegs Konflikt ersucht. Die Vermittlungsbotschaft, dem Sultan die Pforte gemäß, womöglich noch vor der Landung der nationalen Truppen in Tripolis erfolgen, welche für heute angekündigt ist. Wie aus ganz Südtirol verlautet, hat der deutsche Postdirektor — übrigens in Übereinstimmung mit der Mehrheit des italienischen Ministeriums — die vorläufige Haltung geraten und die Vermittlung des Kaisers nur für den Fall der Erfüllung begründet. Wünsche Italiens zugesagt.

Der Handel mit Tripolis.

2. Durch den italienisch-türkischen Streit wird auch die Außenhandelsseite auf die Handelsbeziehungen dieses bisher ruhigen Landesfelds gesetzt. Die Einfahrt von Tripolis wies im fünfjährigen Finanzjahr 1908/11. März 1908 bis 28. Februar 1909 einen Wert von 8.907.925 M. auf gegen 8.926.000 M. im Finanzjahr 1907 und 8.596.000 M. im Finanzjahr 1906, während die Zinszahl in den genannten Jahren sich auf 3.911.800 M., 11.031.600 M. und 7.400.000 M. stellte. An dieser Einfahrt war England am stärksten beteiligt, aldem folgten Italien und Frankreich, deren Anteile an der Einfahrt fast gleich waren. Es entfielen auf

England	2.381.600 M.
Italien	1.690.000 M.
Frankreich	1.941.000 M.
Deutschland	614.000 M.
Österreich-Ungarn	274.000 M.
Tunesien	75.000 M.
Spanien	60.000 M.
Grundland	57.000 M.

Unter den eingeschafften Produkten standen Wollen,

Baumwolle, Seidenfabrikate und Gewebe mit 2.302.000 M. an erster Stelle, wesentliche Einfahrt erfolgte auch in Fleisch, Mehl, Nahrungsmittel, Zucker, Kaffee, Tee und Pfeffer.

Die Ausfuhr von Tripolis ging zum größten Teil nach England. Nach Italien war die Ausfuhr von Tripolis gering. In den Hauptausfuhrartikeln gehören Schwämme, Kerle, Leder- und Dattelfasern, Ziegeln, Schaf-, Kinder- und Hundehäute und Felle, Fier und Kindheit. Der deutsche Handel in Tripolitanien bemerk das Export-Handelsbuch nach Ziffern vom Mai 1911, hat gerade in den letzten Jahren recht zunommen. Dank eines energisch und fortwährend veranlagten Generalgouverneurs wurden die bis jetzt verschlossenen Türen langsam geöffnet.

Deutsches Reich.

Kommunalliberalismus.

Das Verfahren der liberalen großstädtischen Stadtverwaltungen im Kampf gegen die Teuerung wird jetzt sogar auch von der Kreiszeitung mit verdienter Schärfe gezeigt. Wohlwohl der Fabel des konservativen Blattes nur den nicht zu billigenden Zweck verfolgt, die öffentliche Aufmerksamkeit von der agraristischen Bürgerpolitik des Reiches auf einen ihm weniger empfindlichen Punkt abzulenken, kann man in der Satte das Urteil, das die Kreiszeitung über den städtischen Liberalismus fällt, leider nur bestätigen. Die Liberalen sind es, so schreibt das konservative Organ, die sich bei der Organisation von Massenbezügen billiger Nahrungsmittel durch die Gemeinde als Hemmschwund erweisen. Und es schildert die Zustände in Berlin folgendermaßen:

Diese Deputation (zur Bekämpfung der Teuerung) hatte sich am Dienstag aus mit der Widerung des gegenwärtig diobenden Rostands zu befreien. Nur seine Sicherung! sagten sich die liberalen Deputationsmitglieder und blieben größtenteils zu Hause. Nur drei von den zwölf Liberalen waren erschienen, so daß die Deputation eben knapp beschlußfähig war. Ein bereites Zeugnis für den Ernst, den der Liberalismus der Rostandszeitung entgegenbringt, wenn es sich um Belästigung und nicht um agitatorische Ausübung der Fürsorge für die geplagten Kommunen handelt. Aber auch die drei anwesenden Liberalen dachten gar nicht daran, auf praktische Maßnahmen zu kommen. Sie wandten sich gegen die Vorläufe, daß Berlin durch eigene Ausbildung und Verkauf von Fleisch, durch Erhöhung der Eigenproduktion von Gemüse, durch Pfostenreit von Kartoffeln u. a. m. auf die Teuerung einwirken sollte. ... Im übrigen zeigt die Stadt Berlin zur Sicherung des Rostands keinen geringer rücksicht.

Dieser berechtigte Kritik wäre nur hinzuzufügen, daß die konservativen Freunde der Kreiszeitung, die in den nächsten Tagen die Röhrerhaften der Kommune seien, sich zur Frage des kommunalen Lebensmittelvertriebes ebenso rücksichtlich benymmen wie die Liberalen.

Rostandsmaßnahmen.

Der Vorstand des Deutschen Städtebundes hat in seiner am Dienstag in Berlin stattgefunden Sitzung sich mit der Frage befaßt, wie der Lebensmittelsteuerung abgeholfen werden könnte. Man sollte meinen, daß über den einzigen möglichen Weg, nämlich Suspenderierung der Zölle und der Einfahrt hindern, den Bestimmungen, vollkommen klarheit besteht. Der Vorstand des Städtebundes hat aber erst eine Kommission gebildet, der die angekündigte Frage zur weiteren Behandlung übergeben werden soll, weil man erst die endgültigen Entwicklungen abwarten müsse. Mit diesem zögernden Verhalten werden sowohl die Regierung als auch die Ämter sehr einverstanden sein, und es scheint, daß auch die Vertreter der Städte erst dann zur Bekämpfung kommen werden, wenn der gegenwärtige Notstand sich zu einer förmlichen Hungersnot entwidelt hat.

Die Eisenbahndirektion Berlin hatte am Montag eine Konferenz veranlaßt, die sich mit einer billigen Lieferung von Kartoffeln an die Eisenbahnbeamten beschäftigte. Die außerordentlich starke Beteiligung an der Konferenz zeigte, wie sehr eine derartige Teuerung auch weite Kreise der Beamten erfaßt hat. Man beschloß, die Kartoffeln waggonweise unter Umgehung des Zwischenhandels direkt von den Landwirten zu beziehen und rechnet, daß es unter Berücksichtigung der Frachtmäßigkeiten möglich sein werde, den Berliner Kartoffeln mit 3,- bis 3.50 M. abgeben zu können.

Wie die Schoeller Zeitung aus amtlicher Quelle erfuhr, wird sich die medizinische Staatsbahn am 1. Oktober d. J. an den Tarifmaßnahmen der preußischen Staatsbahn auf Frachtmäßigungen von Dingenmitteln und Rohmaterialien der Kunstdüngerfabrikation, frischen Feld- und Gartenfrüchten, Hollensteinen und frischen Kartoffeln einzustellen.

Der Verwaltungsausschuß der Offenbacher Stadtverordneten hat beschlossen, der Bürgermeister 20.000 M. zum Ankauf billiger Kartoffeln zur Verfügung zu stellen. Ferner soll den städtischen Unterbeamten und städtischen Arbeitern eine Teuerungszulage gewährt werden.

Sinaturen.

In den letzten Tagen wurden die neuesten diplomatischen Veränderungen lebhaft erörtert, und zwar um deswillen, weil die Pforte eines preußischen Gesandten in Dresden und der eines Militärrathes in München neu besetzt worden sind. Über die diplomatische Tätigkeit der preußisch-bayerischen und württembergischen Gesandten in Berlin, München, Stuttgart usw. verliert man am besten sein Wort, denn es läßt sich schwerer halten, auch nur einen Anhalt für eine wirkliche Tätigkeit dieser Herren zu finden. Es sind einfach Repräsentationsstellen, die dem Volle außerordentlich viel Geld kosten und über die im besten Falle schlechte Wize gemacht werden. Was aber ein Militärrathes Preußen in München soll, das überhaupt nicht zu begreifen. Solange es ein siehendes Auge im heutigen Sinne gibt, ist es vom militärischen Standpunkt aus zu begreifen, wenn Militärrathes in den ausländischen Staaten unterhalten werden. Bayern ist aber ein Bestandteil des Deutschen Reiches und kann deshalb auch Preußen gegenüber nicht als ausländischer Staat angesehen werden. Nach dem Friedensschluß im Jahre 1870/71 ist allerdings bestimmt worden, daß Preußen einen Militärrathes in München unterhalten soll, der sich zu vergewissern habe, ob die Ausbildung der bayerischen Armee auch auf der gleichen Höhe steht, wie die der übrigen deutschen Armeeteile. Heute hat das natürlich gar keinen Sinn mehr, weil gemeinsame Reglemente bestehen, die im preußischen Kriegsministerium aufgestellt und von den Kriegsministerien in Dresden, Stuttgart und München einfach kopiert werden. Ein bayrisches

Prinz ist sogar Kriegsminister und inspiert in dieser Weise preußische Truppenteile. Unter diesen Umständen ist es an der Zeit, die bei der Gründung des Reiches getroffene Bestimmung zwischen Preußen und Bayern einzuholen und damit die völlige Besetzung des preußischen Militärrathes in München herbeizuführen. Selbst Soldaten und Schläger der Rheinisch-Westfälischen Zeitung stehen ja vielleicht darauf hinzuweisen, daß solche Ernennungen gerade die Sicherlichkeit herausfordern.

Die Schraube ohne Ende.

Auf die Rede des Großadmirals v. Kötter, die bei der Eröffnung der deutschen Flotte eintrat, ist nun wieder die englische Antwort erfolgt: MacKenna, der erste Lord der britischen Admiralsität, hielt gestern abend vor seinem Kreis ein Reden, in der er die angebliche Notwendigkeit einer neuen Flottentwaffnung betonte, und sich dann besonders Neuerungen im Unterhaus, wo er bekanntlich die entsprechende Flottenausgaben brauchte. Wie immer, so wollte er aber nochmals betonen, daß sich die Auswendungen für die englische Flotte dadurch richten müssen, was die anderen Mächte im Lande und u. a. w. ausgeben. Er kritisierte dann die Politik des Kabinetts.

Seit dem Frontwechsel im Monat August regelmäßige Verhandlungen in Skoda hat England seinen Standpunkt nicht geändert. Sie entspricht der Linie der englischen Diplomatie, die im Verfahren in der Wilhelmstraße gründet. In der Wilhelmstraße verlangt man viel, um wenig zu erhalten. In England weiß man mit dem ersten Wurf seine Stellung, und man geht zum Ende humpf. Sicherlich hat sich etwas in anderen Landen geändert, seitdem Deutschland eine Einigung versucht, und über Großbritannien im Orient siegreich gewesen ist, mehr auch auf Marokko übertragen hat.

Diese Rede des englischen Marineministers wird bestimmt, daß die Flottentreiben sehr zu geeigneter Zeit kommen, um werden sie die Forderungen auf vermehrte Flottentwaffnungen führen, — und so weiter ohne Ende.

Die badische Regierung und sozialdemokratische Eisenbahnerarbeiter.

In Freiburg i. B. sind kirchlich zwei Eisenbahnhäuser auf Grund der sozialdemokratischen Vorschlagsliste zu Mitgliedern des Bürgerausschusses gewählt. Sie zeigen bislang ihrer vorgelegten Behörde an und diese bestätigt es darauf, den Empfang der Anzeigen zu bestätigen. Die badische Regierung gibt hierüber jetzt in der Karlsruhe Zeitung eine ausführliche Erklärung ab, in der es heißt:

Was die Tatsache betrifft, daß die Regierung auf ein nehmungsgesetz von zwei Eisenbahnhäusern, die auf Grund der sozialdemokratischen Vorschlagsliste zu Mitgliedern des Bürgerausschusses gewählt worden waren, lediglich eine Bestätigung des Empfangs der Anzeige ertheilt hat, so berichtet die Tatsache nicht zu dem Schluß, daß die Regierung der Sozialdemokratie entgegengenommen oder gar sie fördern wolle. Eine Genehmigung zur Errichtung eines Städteverwaltungsamtes ist nicht erfordert. Selbst eine Anzeige ist nicht vorgeschrieben. Was die Regierung zu tun gebietet, wenn die bez. Arbeiter ihre sozialdemokratische Siedlung agitatorisch oder ordnungsgemäß und leidig lassen sollten, bleibt vorbehalten. Im übrigen wird der zuletzt gesammelte Bandtag Gelegenheit geben, sich hierüber einzuhören zu können.

Neben dieser Erklärung ist die Deutsche Tagesschau in höchstem Grade verärgert. In Preußen, in Sachsen und anderen Ländern, so führt sie aus, stehen die Eisenbahnhäusern dem einzigen vernünftigen Standpunkt, daß Eisenbahnhäuser ihre sozialdemokratische Siedlung überbauen nicht befähigen dürfen, und daß solche Eisenbahnhäuser, die sich öffentlich zur Sozialdemokratie befehlen, aus dem Dienstverhältnis zu entfernen sind. — Wir können den Schmerz des Karlsruher Blattes sehr wohl verstehen, es möchte am liebsten alle Arbeiter, auch die industriellen, unter der gleichen Fuchtel lehnen, wie die Landarbeiter leider heute noch von den Junkern gehalten werden.

Der Korruptionsfonds des Zentralverbands Deutscher Industriellen.

Die Schriftsteller des westlichen Industriegebiets haben bekanntlich einen Wahlfonds gegründet, mit dem sie jeden Kandidaten unterstützen wollen, der sich in gänzlicher Abhängigkeit zu ihnen begibt. In erster Linie sollen Kandidaten unterstützt werden, die in der Industrie sehr stark und gefestigt haben. In einem jetzt verbreiteten Schreiben wird, wie der Berliner Tageblatt gemeldet wird, die Unterführung nach anderer Kandidaten durch den Wahlfonds gehabt, wenn diese die folgenden Bedingungen zu erfüllen bereit sind:

1. Sich für eine partikuläre Behandlung von Industrie und Landwirtschaft hinsichtlich des Schutzes der nationale Arbeit, insbesondere bezüglich der Zölle und der Handelsverträge erklären.

2. bezüglich der sozialpolitischen Fragen auf Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gebührende Rücksicht zu nehmen und bereit sind, vor ihrer Stellungnahme zu den sozialpolitischen Gesetzesvorlagen Informationen über die tatsächlichen Verhältnisse und die Anforderungen des praktischen Lebens von der Vertretung der Industrie durch Vermittlung der Kommission für den industriellen Wahlfonds einzugehen und gewissenhaft zu prüfen.

Zu dem Wahlfonds der industriellen Schriftsteller kommt jetzt noch ein neuer, nämlich ein kolonialer Wahlfonds. Die Post teilt hierüber mit, daß die in Deutschland wohnenden Mitglieder des Landesrates und andere angesehene Persönlichkeiten von Südwürttemberg und Deutsch-Ostpreußen und Inhaber angehender Kolonialfirmen, Kolonialpolitiker und die Gründung eines Wahlfonds befürworten. Man erachtet die Wahlkreise derjenigen Abgeordneten, die Förderer der deutschen Kolonialpolitik waren, und die Interessen der Ansiedelungsbewohner vertreten haben, für gefährdet, sie stünden in großer Gefahr, an die Sozialdemokratie verloren zu gehen. Von den Abgeordneten, die aus diesem neuesten Korruptionsfonds gespeist werden müssen, soll verlangt werden, daß sie vor allem dafür eintraten, daß den deutschen Ansiedlern die soziale Stellung gewährleistet wird, die der Klassenstandpunkt erfordert. Das soll wohl zweiflos bedeuten, alle gesetzlichen Maßnahmen so zu gestalten, daß sie den deutschen „Ahliträgern“ böses Nebenwirkungen auf die eingeborenen verhindern, Unterdrückung und Ausbeutung sollen die gesetzliche Sanktion erfahren. Dieser koloniale Wahlfonds soll eine dauernde Einrichtung werden.

den Wahlen soll durch außärne Arbeit und Initiativen weiter gewirkt werden.

Man hat viel über die zunehmende „Würdelosigkeit“ Deutschen Reichstages gesammelt. Kann man sich ein kleineres Parlament denken, als das, zusammengesetzt aus den Scharfmacher, des Flottenverein und der Gewerkschafter?

Ein Ausnahmegesetz gegen die Jugendorganisationen.

Eine Tageszeitung hatte mitgeteilt, es seien Vorarbeiten angegangen zur Schaffung eines Reichsgesetzes gegen die sozialdemokratischen Jugendorganisationen, das die sozialdemokratische Agitation unter der heerespflichtigen Jugend verhindern sollte. Wie einer Nachrichtenquelle an zuverlässiger Stelle, unter Hinweis auf die vorjährige des Reichstagsaktes, in der die Stellung der Regierung ausnahmegesetzen zum Ausdruck gekommen sei, mitgeteilt ist, von dieser Ansicht nichts bekannt.

Vielleicht erinnert man sich der schlechten Erfahrungen, man bisher mit Ausnahmegesetzen gemacht hat.

Die Stichwahl in Düsseldorf.

Der Hauptvorstand der Liberalen Vereinigung in Düsseldorf gern, auch für Stichwahlen die Parole unbefriedigter Stimmenhaltung auszugeben.

Der Reichsverband macht mobil!

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie eröffnet im Wahlkampf durch massenhafte Postversendung zweier Blätter, darunter das eine eine Art Reichschaftsbericht stellt, während sich das zweite mit den bekannten demokratischen Unwahrheiten gegen die Sozialdemokratie wendet. Reichschaftsbericht wird zugegeben, dass die Geschäftsführungen für die kommende Wahl äußerst ungünstig darüber wird ausgeführt:

„So ungünstig in den nationalen Interesse auch die Auseinandersetzung der bürgerlichen Parteien in den Jahren 1909 und 1910 als erschwerendem Hemmnis im Kampf gegen die Sozialdemokratie zu bewerten ist, für den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ muss diese Kämpferin der Organisation des Reichsverbandes und anderer dörflicher Verbände mit gleichen Zielen gemeinsam die politische Arbeit zu betreuen haben, herkömmliche Rassismus und nur eine Stimme, daß der Reichsverband als ausgezeichnete Kampfsorganisation gegen die internationale Sozialdemokratie auch dann nicht zuhören dürfte, wenn die politischen Verhältnisse, vor allem die Veränderung innerhalb der staatshaltenden Parteien, eine weniger günstige Plattform in den abwehrenden Wahlkampf abgeben, als das im Jahre 1910 der Fall gewesen ist.“

Zu den Wahlen soll eine Wahlkampfcorrespondenz herausgeben werden, die wöchentlich mehrmals erscheinen und den unentgänglich zur Verfügung gestellt werden soll. Von hier ist die „Aufklärung“ ist, die in dieser Correspondenz stehen werden soll, davon gibt das gleichzeitig versandte Wahlkampfblatt des Reichsverbandes gleich eine nette Probe.

„Der Sozialdemokratie, besto Schwachscher und der Russland gegenüber, desto weniger werden wir unsere Interessen in der Weltwirtschaft wahren können, desto eher wird es das Russland auf einen Krieg mit Deutschland anstreben, das so großher also die Kriegsgefahr!“

„Der weniger Sozialdemokratie, desto stärker sind wir dem Russland gegenüber, desto mehr werden wir unsere politischen Interessen erfolgreich in der Weltpolitik durchsetzen können, ebenso wie in nationalen Fragen einigen und von patriotischer Begeisterung getriebenen Deutschland einkommen zu lassen, besto gefährdet also der Friede!“

„So schließt der selbe Reichsverband, dessen Hauptorgan, das Zeitblatt seines Vorsitzenden v. Liebert, den einer seinen Mauauftreter nominierte, weil er wegen Unstethes nicht vom Leben zog, und das ein paar Monate vor gestorben war, nur durch Umstellung eines europäischen Krieges könnten die Wahlausichten gegenüber der Sozialdemokratie verbessert werden!“

Die Künste, in denen die neuesten Machwerke zur Verwendung gelangen, sind in marktschreierischer Manier des Abendländers. „Diskret“, wie die Anprüfung gehoffter Künste oder „islamische Herrenlichkeit“, drängen sich diese politischen Unruhen durch die Türkei. Trügerisch sie die Künste des Abendländers, so würden sie ja in neuem von jähnlichen Unruhen in den Papierloch liegen!“

Der Sozialdemokratie, besto Schwachscher und der Russland gegenüber, desto weniger werden wir unsere Interessen in der Weltwirtschaft wahren können, desto eher wird es das Russland auf einen Krieg mit Deutschland anstreben, das so großher also die Kriegsgefahr!“

„Der weniger Sozialdemokratie, desto stärker sind wir dem Russland gegenüber, desto mehr werden wir unsere politischen Interessen erfolgreich in der Weltpolitik durchsetzen können, ebenso wie in nationalen Fragen einigen und von patriotischer Begeisterung getriebenen Deutschland einkommen zu lassen, besto gefährdet also der Friede!“

„So schließt der selbe Reichsverband, dessen Hauptorgan, das Zeitblatt seines Vorsitzenden v. Liebert, den einer seinen Mauauftreter nominierte, weil er wegen Unstethes nicht vom Leben zog, und das ein paar Monate vor gestorben war, nur durch Umstellung eines europäischen Krieges könnten die Wahlausichten gegenüber der Sozialdemokratie verbessert werden!“

Die Künste, in denen die neuesten Machwerke zur Verwendung gelangen, sind in marktschreierischer Manier des Abendländers. „Diskret“, wie die Anprüfung gehoffter Künste oder „islamische Herrenlichkeit“, drängen sich diese politischen Unruhen durch die Türkei. Trügerisch sie die Künste des Abendländers, so würden sie ja in neuem von jähnlichen Unruhen in den Papierloch liegen!“

Russland.

Schweiz.

Stimmberechtigungen.

Wien, 27. September. Im Kanton Zürich stand am Sonntag eine Volksabstimmung über das neue Handelsrecht, das den Gewerbebetrieb die Schaffung eines Landeskonsortiums für eine nationale Alters- und Industrieversicherung und in der Stadt Zürich über die Einführung der Einheitssteuer. Alle drei Vorlagen wurden angenommen. Das Handelsrecht wurde mit 80.578 gegen 80.171, 1. Juli 1912 (die anfänglich bestreitet) nicht zu denken ist, da es ein Infrastruktur des Reichsversicherungsgesetzes ist, das später die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar beginnen würde.

Wien, 27. September. Am Sonntag stand am

Samstag eine Volksabstimmung über das neue Handelsrecht, das den Gewerbebetrieb die Schaffung eines Landeskonsortiums für eine nationale Alters- und Industrieversicherung und in der Stadt Zürich über die Einführung der Einheitssteuer. Alle drei Vorlagen wurden angenommen. Das Handelsrecht wurde mit 80.578 gegen 80.171,

1. Juli 1912 (die anfänglich bestreitet) nicht zu denken ist, da es ein Infrastruktur des Reichsversicherungsgesetzes ist, das später die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar beginnen würde.

Wien, 27. September. Am Sonntag stand am

Samstag eine Volksabstimmung über das neue Handelsrecht, das den Gewerbebetrieb die Schaffung eines Landeskonsortiums für eine nationale Alters- und Industrieversicherung und in der Stadt Zürich über die Einführung der Einheitssteuer. Alle drei Vorlagen wurden angenommen. Das Handelsrecht wurde mit 80.578 gegen 80.171,

1. Juli 1912 (die anfänglich bestreitet) nicht zu denken ist, da es ein Infrastruktur des Reichsversicherungsgesetzes ist, das später die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar beginnen würde.

Wien, 27. September. Am Sonntag stand am

Samstag eine Volksabstimmung über das neue Handelsrecht, das den Gewerbebetrieb die Schaffung eines Landeskonsortiums für eine nationale Alters- und Industrieversicherung und in der Stadt Zürich über die Einführung der Einheitssteuer. Alle drei Vorlagen wurden angenommen. Das Handelsrecht wurde mit 80.578 gegen 80.171,

1. Juli 1912 (die anfänglich bestreitet) nicht zu denken ist, da es ein Infrastruktur des Reichsversicherungsgesetzes ist, das später die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar beginnen würde.

Wien, 27. September. Am Sonntag stand am

Samstag eine Volksabstimmung über das neue Handelsrecht, das den Gewerbebetrieb die Schaffung eines Landeskonsortiums für eine nationale Alters- und Industrieversicherung und in der Stadt Zürich über die Einführung der Einheitssteuer. Alle drei Vorlagen wurden angenommen. Das Handelsrecht wurde mit 80.578 gegen 80.171,

1. Juli 1912 (die anfänglich bestreitet) nicht zu denken ist, da es ein Infrastruktur des Reichsversicherungsgesetzes ist, das später die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar beginnen würde.

Wien, 27. September. Am Sonntag stand am

Samstag eine Volksabstimmung über das neue Handelsrecht, das den Gewerbebetrieb die Schaffung eines Landeskonsortiums für eine nationale Alters- und Industrieversicherung und in der Stadt Zürich über die Einführung der Einheitssteuer. Alle drei Vorlagen wurden angenommen. Das Handelsrecht wurde mit 80.578 gegen 80.171,

1. Juli 1912 (die anfänglich bestreitet) nicht zu denken ist, da es ein Infrastruktur des Reichsversicherungsgesetzes ist, das später die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar beginnen würde.

Wien, 27. September. Am Sonntag stand am

Samstag eine Volksabstimmung über das neue Handelsrecht, das den Gewerbebetrieb die Schaffung eines Landeskonsortiums für eine nationale Alters- und Industrieversicherung und in der Stadt Zürich über die Einführung der Einheitssteuer. Alle drei Vorlagen wurden angenommen. Das Handelsrecht wurde mit 80.578 gegen 80.171,

1. Juli 1912 (die anfänglich bestreitet) nicht zu denken ist, da es ein Infrastruktur des Reichsversicherungsgesetzes ist, das später die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar beginnen würde.

Wien, 27. September. Am Sonntag stand am

Samstag eine Volksabstimmung über das neue Handelsrecht, das den Gewerbebetrieb die Schaffung eines Landeskonsortiums für eine nationale Alters- und Industrieversicherung und in der Stadt Zürich über die Einführung der Einheitssteuer. Alle drei Vorlagen wurden angenommen. Das Handelsrecht wurde mit 80.578 gegen 80.171,

1. Juli 1912 (die anfänglich bestreitet) nicht zu denken ist, da es ein Infrastruktur des Reichsversicherungsgesetzes ist, das später die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar beginnen würde.

Wien, 27. September. Am Sonntag stand am

Samstag eine Volksabstimmung über das neue Handelsrecht, das den Gewerbebetrieb die Schaffung eines Landeskonsortiums für eine nationale Alters- und Industrieversicherung und in der Stadt Zürich über die Einführung der Einheitssteuer. Alle drei Vorlagen wurden angenommen. Das Handelsrecht wurde mit 80.578 gegen 80.171,

1. Juli 1912 (die anfänglich bestreitet) nicht zu denken ist, da es ein Infrastruktur des Reichsversicherungsgesetzes ist, das später die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar beginnen würde.

Wien, 27. September. Am Sonntag stand am

Samstag eine Volksabstimmung über das neue Handelsrecht, das den Gewerbebetrieb die Schaffung eines Landeskonsortiums für eine nationale Alters- und Industrieversicherung und in der Stadt Zürich über die Einführung der Einheitssteuer. Alle drei Vorlagen wurden angenommen. Das Handelsrecht wurde mit 80.578 gegen 80.171,

1. Juli 1912 (die anfänglich bestreitet) nicht zu denken ist, da es ein Infrastruktur des Reichsversicherungsgesetzes ist, das später die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar beginnen würde.

Wien, 27. September. Am Sonntag stand am

Samstag eine Volksabstimmung über das neue Handelsrecht, das den Gewerbebetrieb die Schaffung eines Landeskonsortiums für eine nationale Alters- und Industrieversicherung und in der Stadt Zürich über die Einführung der Einheitssteuer. Alle drei Vorlagen wurden angenommen. Das Handelsrecht wurde mit 80.578 gegen 80.171,

1. Juli 1912 (die anfänglich bestreitet) nicht zu denken ist, da es ein Infrastruktur des Reichsversicherungsgesetzes ist, das später die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar beginnen würde.

Wien, 27. September. Am Sonntag stand am

Samstag eine Volksabstimmung über das neue Handelsrecht, das den Gewerbebetrieb die Schaffung eines Landeskonsortiums für eine nationale Alters- und Industrieversicherung und in der Stadt Zürich über die Einführung der Einheitssteuer. Alle drei Vorlagen wurden angenommen. Das Handelsrecht wurde mit 80.578 gegen 80.171,

1. Juli 1912 (die anfänglich bestreitet) nicht zu denken ist, da es ein Infrastruktur des Reichsversicherungsgesetzes ist, das später die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar beginnen würde.

Wien, 27. September. Am Sonntag stand am

Samstag eine Volksabstimmung über das neue Handelsrecht, das den Gewerbebetrieb die Schaffung eines Landeskonsortiums für eine nationale Alters- und Industrieversicherung und in der Stadt Zürich über die Einführung der Einheitssteuer. Alle drei Vorlagen wurden angenommen. Das Handelsrecht wurde mit 80.578 gegen 80.171,

1. Juli 1912 (die anfänglich bestreitet) nicht zu denken ist, da es ein Infrastruktur des Reichsversicherungsgesetzes ist, das später die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar beginnen würde.

Wien, 27. September. Am Sonntag stand am

Samstag eine Volksabstimmung über das neue Handelsrecht, das den Gewerbebetrieb die Schaffung eines Landeskonsortiums für eine nationale Alters- und Industrieversicherung und in der Stadt Zürich über die Einführung der Einheitssteuer. Alle drei Vorlagen wurden angenommen. Das Handelsrecht wurde mit 80.578 gegen 80.171,

1. Juli 1912 (die anfänglich bestreitet) nicht zu denken ist, da es ein Infrastruktur des Reichsversicherungsgesetzes ist, das später die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar beginnen würde.

Wien, 27. September. Am Sonntag stand am

Samstag eine Volksabstimmung über das neue Handelsrecht, das den Gewerbebetrieb die Schaffung eines Landeskonsortiums für eine nationale Alters- und Industrieversicherung und in der Stadt Zürich über die Einführung der Einheitssteuer. Alle drei Vorlagen wurden angenommen. Das Handelsrecht wurde mit 80.578 gegen 80.171,

1. Juli 1912 (die anfänglich bestreitet) nicht zu denken ist, da es ein Infrastruktur des Reichsversicherungsgesetzes ist, das später die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar beginnen würde.

Wien, 27. September. Am Sonntag stand am

Samstag eine Volksabstimmung über das neue Handelsrecht, das den Gewerbebetrieb die Schaffung eines Landeskonsortiums für eine nationale Alters- und Industrieversicherung und in der Stadt Zürich über die Einführung der Einheitssteuer. Alle drei Vorlagen wurden angenommen. Das Handelsrecht wurde mit 80.578 gegen 80.171,

1. Juli 1912 (die anfänglich bestreitet) nicht zu denken ist, da es ein Infrastruktur des Reichsversicherungsgesetzes ist, das später die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar beginnen würde.

Wien, 27. September. Am Sonntag stand am

Samstag eine Volksabstimmung über das neue Handelsrecht, das den Gewerbebetrieb die Schaffung eines Landeskonsortiums für eine nationale Alters- und Industrieversicherung und in der Stadt Zürich über die Einführung der Einheitssteuer. Alle drei Vorlagen wurden angenommen. Das Handelsrecht wurde mit 80.578 gegen 80.171,

1. Juli 1912 (die anfänglich bestreitet) nicht zu denken ist, da es ein Infrastruktur des Reichsversicherungsgesetzes ist, das später die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar beginnen würde.

Wien, 27. September. Am Sonntag stand am

Samstag eine Volksabstimmung über das neue Handelsrecht, das den Gewerbebetrieb die Schaffung eines Landeskonsortiums für eine nationale Alters- und Industrieversicherung und in der Stadt Zürich über die Einführung der Einheitssteuer. Alle drei Vorlagen wurden angenommen. Das Handelsrecht wurde mit 80.578 gegen 80.171,

1. Juli 1912 (die anfänglich bestreitet) nicht zu denken ist, da es ein Infrastruktur des Reichsversicherungsgesetzes ist, das später die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar beginnen würde.

Wien, 27. September. Am Sonntag stand am

Samstag eine Volksabstimmung über das neue Handelsrecht, das den Gewerbebetrieb die Schaffung eines Landeskonsortiums für eine nationale Alters- und Industrieversicherung und in der Stadt Zürich über die Einführung der Einheitssteuer. Alle drei Vorlagen wurden angenommen. Das Handelsrecht wurde mit 80.578 gegen 80.171,

1. Juli 1912 (die anfänglich bestreitet) nicht zu denken ist, da es ein Infrastruktur des Reichsversicherungsgesetzes ist, das später die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar beginnen würde.

Wien, 27. September. Am Sonntag stand am

Samstag eine Volksabstimmung über das neue Handelsrecht, das den Gewerbebetrieb die Schaffung eines Landeskonsortiums für eine nationale Alters- und Industrieversicherung und in der Stadt Zürich über die Einführung der Einheitssteuer. Alle drei Vorlagen wurden angenommen. Das Handelsrecht wurde mit 80.578 gegen 80.171,

1. Juli 1912 (die anfänglich bestreitet) nicht zu denken ist, da es ein Infrastruktur des Reichsversicherungsgesetzes ist, das später die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar beginnen würde.

Wien, 27. September. Am Sonntag stand am

Samstag eine Volksabstimmung über das neue Handelsrecht, das den Gewerbebetrieb die Schaffung eines Landeskonsortiums für eine nationale Alters- und Industrieversicherung und in der Stadt Zürich über die Einführung der Einheitssteuer. Alle drei Vorlagen wurden angenommen. Das Handelsrecht wurde mit 80.578 gegen 80.171,

1. Juli 1912 (die anfänglich bestreitet) nicht zu denken ist, da es ein Infrastruktur des Reichsversicherungsgesetzes ist, das später die Wirkung des Gesetzes erst mit dem 1. Januar beginnen würde.

GROSSE VOLKS-VERSAMMLUNG

Freitag den 29. September, abends 9 Uhr, im Kristallpalast, Schäferstr.

Tages-Ordnung:

I. Die gegenwärtige Wohnungsnot in Dresden und ihre Ursachen

Referent: Landtagsabgeordneter Hermann Fleissner.

2. Die Zustände in den von der Stadt geschaffenen Quartieren für Obdachlose und die Stellung des Rates hierzu.

Referent: Stadtverordneter Hugo Krüger.

Freie Aussprache für jedermann.

Arbeiter! Einwohner! Neben der furchtbaren Nahrungsmittelsteuerung, die gegenwärtig auf den ärmeren Volksklassen lastet, werden die in Dresden noch schwer heimgesucht durch die bestehende Wohnungsnot. Die Maßnahmen der städtischen Verwaltung sind gegenüber der nunmehr angebrochenen von den sozialdemokratischen Stadtverordneten jedoch längst vorausgegangen Katastrophe völlig unzureichend und entsprechen, soweit es sich um die Unterbringung der Obdachlosen handelt, nicht den Ansforderungen der Hygiene und Humanität.

Es ist deshalb nötig, durch massenhaften Besuch der Versammlung den Willen der minderbemittelten Einwohner gegenüber der städtischen Verwaltung zum Ausdruck zu bringen.

Der Rat und die Stadtverordneten sind durch besondere schriftliche Eingaben zu dieser Versammlung eingeladen.

Einberüster: Otto Kühn, Dresden.

Internationale Hygiene-Ausstellung

Dresden 1911.

Freitag den 29. September

Kassenöffnung 8 Uhr. Gewöhnliche Eintrittspreise: Von 8 bis 10 Uhr M. z., von 10 Uhr an M. z., von 1,50 Uhr abends an 50 Pf.

Von 8-9 Uhr sind nur die Halle „Der Mensch“ und die Historisch-Ethnographische Abteilung für den Besuch geöffnet. Die Halle „Der Mensch“ wird aussenden abends von 1,7 bis 10 Uhr gegen ein Sonderbeitragsgeld von 50 Pf. für die Besichtigung offen gehalten.

Konzerte.

Musikpavillon A (Konzertplatz). Von 4 Uhr nachmittags an:

Kapelle des Königl. Sächs. Schützen-Regiments Nr. 108, Direktion: Obermusikmeister Helbig.

Musikpavillon B (Herkules-Allee). Von 4 Uhr nachmittags an:

Kapelle des Kgl. Sächs. Gardereiter-Regiments, Direktion: Obermusikmeister H. Stock.

Bei günstigem Wetter spielt diese Kapelle von 3-4 Uhr nachmittags auf **Musikpodium C** (zwischen Hallen: Wohnung und Ansiedlung und Beruf und Technik).

Verb. der Schneider u. Schneiderinnen Filiale Dresden.

Freitag den 29. September 1911, abends halb 9 Uhr

Grosse öffentl. Schneiderinnen-Versammlung im Saale des Odrems, Carlsstraße 3.

Tages-Ordnung:

Vorteile tariflich geregelter Wohn- u. Arbeitsbedingungen.

Referentin: Kollegin E. Hagelstein, Berlin.

An die Partei- und Gewerkschaftsgenossen ergeht das dringende Erufen, ihre weiblichen Familienangehörigen, soweit sie in der Schneider- und Näheriet beschäftigt sind, in diese Versammlung zu senden.

Die Verwaltung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Karl Järmolle, Dresden. — Verantwortlich für den Umseratenteil: Reinhold Eißler, Dresden-Rauhüll. — Druck: G. Gaben u. Sohn, Dresden.

Verlag Raden & Comp., Dresden. Zwingerstraße 12/14

Heute erscheint in unserem Verlage:

Schauinsland

Ein Wanderbuch von Anton Fendrich

1. Teil: Kinder - Kämpfer - Käuze
2. Teil: Welten - Wälzer - Wege

362 Seiten gr. 8° mit 25 farbigen Vollbildern u. zahlreichen Vignetten

Preis 6 Mark

Carologarten

Großer 27. Telzow 1024

Sonntags und Montag

Feiner Ball.

Zur Vereine u. Gesellschafts

Veranstaltungen.

Max Sommer.

oo

Bild der Zeitung

in die Zeitung

Und man liest:

„Was das grüßt!“

Weiß ein jeder,

Was die Zeitung

Rat in Bildern

Guten Tag

Sindet Gott

wie wir beten?“

„Was das grüßt!“

zumal sie sich, daß einzelne Veränderungen, Ausbesserungen in der Wohnung vorgenommen werden sollen; sie wissen also, daß die Wohnung nicht „in einem Zustand“ ist, wie unter schrieben wird, aber: Was sind die Folgen einer solaten Handlungswise? Weigert sich später der Vermieter, die Wohnung instand zu setzen und es kommt zur Klage, so wird der Richter ohne lange Auseinandersetzung der Sache annehmen, daß das, was im Vertrag steht, richtig ist, nämlich, daß die Räume wirklich in gutem Zustand waren. — Schließlich wird dann noch ver einbart, daß bei vorzeitigen Auszügen des Mieters dieser die Wohnung desmiert mit den Sanitätsfeldern abzugrenzen hat, auch wenn die Wohnung noch nicht vollständig geräumt ist. Aus alledem ergibt sich die Forderung: Große Vorsicht beim Vertragsschluß! Gibt es Mieter, die den Vertrag ohne Rechte ihren Mietern gar nicht vorlegen, sondern einfach einen Zettel unterschriften lassen, in dem auch steht: „Im übrigen gelten die Bestimmungen des vom ... herausgegebenen Wettvertrags.“ Auch dies ist rechtssicher, ohne daß der Mieter eine Ahnung hat, welche Bedingungen beim Mietvertrag die Grundlage bilden.

Nach dem Besiegen kann der Vermieter den Vertrag kündigunglos aufheben, wenn der Mieter mit zwei Abrechnungen im Rückstand ist. In fast allen Wettverträgen wird diese Bestimmung aufgehoben, und das Recht vorzeitiger Vertragskündigung tritt dann schon ein, wenn der Mieter mit einer Raste gewisse Zeit, meistens drei Tage, im Rückstand ist. Wird von diesem Rechte Gebrauch gemacht, so hat der Vermieter jedoch nicht das Recht, vom Mieter die folorige Räumung der Wohnung zu verlangen, sondern er muß erst auf Räumung klagen und kann dann die letztere durch den Gerichtsbesitzer bewirken. Schließlich muß natürlich der Mieter die Kosten zahlen, aber er gewinnt dadurch immer noch Zeit, sich eine Wohnung zu suchen.

Gesundheitsgefährliche Wohnungen können sofort verlassen werden, auch wenn der Zustand schon vorher bekannt war. Dieselbe trifft ein, wenn ein beträchtlicher Mangel an der Sanierung besteht, so daß diese ihren Zweck nicht erfüllen kann. Die Frage, ob Mieter solchen Mängeln bilden kann, ist noch nicht geklärt. Deshalb reicht es hier vorichtig zu Weit gehen. Das Beste ist man gern dem Vermieter auf dem Schaden innerhalb einer angewiesenen Frist abzuhelfen. Kommt er diesem Verlangen nicht nach, so verfügt man die Ansetzen und zieht die Kosten von dem Mieter ab. Voraussetzung ist dafür aber wieder, daß man sich nicht dieses Rechts durch Vertrag befreien darf.

Hirsch-Dundreische Arbeitsgemeinschaften-Vermittlung
vor einer Räte in Nummer 112 der Dresdner Volkszeitung übergetrieben, worin mitgeteilt wurde, daß der Bauarbeiterverband genötigt gewesen sei, über den Neubau des Unternehmers Müller in Strehlen wegen Sicherstellung des Tarifs der Sperrre zu verzögern. Es wurde dann weiter mitgeteilt, daß der Hirsch-Dundreische Gewerbeverein versucht, diesem Unternehmer „zu helfen“, und er dennoch hierbei seinen Arbeitnehmer als Streitbrechervermittlungsbureau. Nachstehender abgedruckter Überweisungsschein kann wohl als unüberlegter Beweis für diese verträgliche Handlungsweise dienen. — Darauf folgte aus der Verantwortung des beurteilenden Arbeitsgemeinschaftes, der Hirsch-Dundreische Arbeiterverein & Verband, eine Verjährung, wodurch er behauptete, die Sperrre sei vom Bauarbeiterverband mit deswegen verhindert worden, um den Bauherrn zu zwingen, die im Gewerbeverein organisierten Männer zu entloosen. Wir geben in einer folgenden Räte die „Verjährung“ insoweit inhaltlich wieder und jagen hinzu, daß noch der uns gewordenen Informationen diese „Verjährung“ durchaus keine sei, denn die Sperrre sei verhindert worden, weil dort Unzufriedenheit bestand.

Herr Verndt klage nun gegen den Genossen Zwirko als Verantwortlichen der Dresdner Volkszeitung wegen Beleidigung. Da bereits festgestellt wurde, die Sperrre sei eine unbedeutende Strafe, er meinte aber, die Sperrre sei eine unbedeutende Strafe. Um diesen Punkt drehte sich auch die ganze umfangreiche Beweisaufnahme. Und es ist klar, daß die Sperrre tatsächlich wegen Befreiung eines fortwährenden Anschlags vom Verband kommt. Künster über den Bau verhindert wurde. Diese Angelegenheit wurde bald erledigt. Künster wurde bei dieser Gelegenheit aber bekannt, daß auf dem Bau fortwährend ein Verordnung erlassen wurde. Er ließ deshalb die Sperrre bestehen, bis die Unzufriedenheit bestätigt wurde. Verndt behauptet nun, die an dem Bau mit dieser fortwährenden Unzufriedenheit beschäftigten Gewerbeverein hätten darum ihr Einverständnis zu erhalten gegeben, den angefangenen Krieg im Zustand zu fertigstellen. Sie fühlten organisierte Männer hätten aber erklärt, sie wollten die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, als bis der Unternehmer Müller die Gewerbevereine entlässt. Mit denen arbeiteten sie nicht zusammen.

Die Verhandlung begann mit einer Auseinandersetzung zwischen Verndt und Zwirko, wobei Verndt den Versuch machte, die rein juristische Frage auf das politische Gebiet hinzuerklären. Nach seiner Ansicht handle es sich hierbei um einen Territorialkrieg der „sozialdemokratischen“ gegenüber den „nationalen“ Arbeitern. Genossen Zwirko wies diesen Versuch energisch zurück.

Der erste Zeuge, Bauunternehmer Müller, erklärte, sein Polier gebauer habe mit den Hirsch-Dundreischen einen Vertrag geschlossen, wogen dem die Sperrre verhindert wurde. Die Hirsch-Dundreischen redeten aber wohl genötigt gewesen, im Tagebau zu arbeiten. Die freibewohnten Arbeiter hätten sich dann beraten, und der Arbeiter Schwarze habe als Resultat verstanden: „Die müssen gehen.“ Die beiden nächsten Zeugen waren die Hirsch-Dundreischen Männer Franz und Steed. Franz sagte zu, daß Künster nach Regelung der Rohstofflizenzen die Sperrre aufheben wollte mit den Worten: „Jetzt muss noch der Vertrag bestätigt werden.“ Es hätten dann Verhandlungen hierüber stattgefunden, und Künster habe schließlich deswegen die Männer Schwarze, Schlechte und Krammstroß ins Büro bestellt. Dort habe der Verbandsbeamte Künster erklärt: „Mit Hirsch-Dundreichen Männer können wir nicht zusammen arbeiten.“ Auf den Bau habe dann eine Beratung der Arbeiter unter sich in der Baubude stattgefunden, als deren Resultat Schwarze erklärt habe: „Wir arbeiten nicht mit euch zusammen, denn ihr seid aus dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung, wie auf revolutionärem Standpunkt.“ Es hätten sich Verndt mitgeteilt, der darauf die Leute auf den Bau vermittelte habe. Schließlich stellte es der zweite Steed dar, beide Zeugen gehörten früher dem Gewerbeverein an, sind aber ausgeschlossen worden. Der Ausschluß erfolgte nach Angaben Ottmers wegen Streitfalls bezüglich Unzufriedenheit. Diese beiden Hirsch-Dundreischen Arbeiter verhafteten dagegen, ihre Auslösung sei erfolgt, weil sie sich nicht „zu Genossen machen“ ließen, weil sie die Volkszeitung nicht pfeiften und weil sie arbeiten wollten.

Zeuge Künster befürchtete, die Sperrre sei wegen tarifwidriger Bezahlung verhängt und nachdem diese Differenz erledigt war, wegen Unzufriedenheit aufrecht erhalten worden. Er weiß habe den Hirsch-Dundreischen Männer vorgeschlagen, daß sie für 70 Pf. Stundenlohn weiterarbeiten sollten, und er habe ihnen versprochen, daß Sorge zu tragen, daß ihnen der innebehaltene Tarifdienstest entbezahlt würde. Es sei aber zu seiner Einsicht gekommen, auf große Verhandlungen mit den Hirsch-Dundreischen habe es sich natürlich nicht einfassen können; der größte Teil derjenigen, die als Bauarbeiter bei den Hirsch-Dundreischen organisiert sind (es wären nur etwa 40 Mann) wären von dem Zentralverband wegen Streitbruchs verbeten worden mit dergleichen angeklagt worden. Es wäre schon den organisierten Unternehmen gegenüber verpflichtet, sie zu einer Durchführung des Tarifvertrags Sorge zu tragen.

Gegen die Aussage Künsters ging der gegnerische Anwalt Dr. Pisch mit einem höchst unsachlichen Eifer vor. Er beteuerte seine Aussage schankweg als unglaublich und wollte seine Vereidigung hinterziehen. Rechtsanwalt Giese wies diese Angriffe auf den Zeugen scharf zurück. Rechtsanwalt Pisch zeigte in seinem Plädoyer die Bemühungen, die Sache auf das politische Gebiet hinzuverziehen, fort und nannte diesen Fall „ein Beispiel von freiem Terrorismus“. Künster sei nichts zu glauben; er habe gegen die Hirsch-Dundreischen gewöhnt und habe nach § 153 der Gewerbeordnung strafbar gemacht.

Die Ausführungen des Verteidigers richteten sich in der Hauptfrage gegen die mächtigen Verdächtigungen des Zeugen durch den gegnerischen Anwalt. Die schweren Vorwürfe, die Pisch gegen den Zeugen erhoben habe, seien nicht im gebräuchtesten erwiesen. Man könne es einem Gewerkschaftsbeamten doch wahrscheinlich nicht verdenken, wenn er keine große Lust verfügt, mit derartigen Leuten zu verhandeln, die von seinem Verband ausgeschlossen werden müssten. Das sei eine ganz gesunde Empfindung. Es sei eine Verderbung der Tarifachen, wenn behauptete werde, Künster habe aus Höchst gegen die Hirsch-Dundreischen die Sperrre verhängt. In der Verhandlung habe sich Künster sehr ruhig, die Gewerkschaftsbeamten dagegen außerordentlich gehässig gezeigt. Er beantragte Freispruch. — Das Urteil lautete auf 100 M. Strafe und Publizistensbefugnis. Es sollte dahingestellt bleiben, aus welchem Grunde die Sperrre über den Bau verhängt wurde. Es kommt darauf an, ob Verndt bewußt durch den Arbeitsnachweis Streitbruch vermittelet habe. Das sei aber nicht einzusehen. (Wie soll das ersieben werden?) Nun wurde jedenfalls mitgeteilt, die Sperrre sei aus dem von ihm behaupteten Grunde verhängt worden. Der Beklagte habe allerdings in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt, er habe aber durch die scharfen Ausdrücke die Grenzen überschritten und sei deshalb zu bestrafen. — Das die Verhandlung für Herrn Verndt besonders günstig verlaufen wäre, kann man nicht sagen.

„Nationaler Arbeiter“ gegen die Stadtverordnetenmehrheit.

Die Ablehnung einer süddischen Subvention für den Zentralarbeitsnachweis der Kreishauptmannschaft Dresden durch eine kleine Mehrheit des Dresdner Stadtverordnetenkollegiums ist in der letzten Vorstellung des Gesamtvereins der Evangelischen Arbeitervereine Dresdens erörtert worden. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die Ablehnung jedweder Unterstützung des partizipativen Zentralarbeitsnachweises aus Stadtmitteln durch eine geringe Majorität des Stadtverordnetenkollegiums erachtet der Evangelische Arbeiterverein als eine grobe Schädigung des gesamten werktätigen Arbeiter- und Arbeiterinnenstandes, insbesondere des national gesinnten Teiles desselben. (1) Wir können es nicht verstehen, daß bei den reichen alljährlichen Bevollmächtigungen dieser selben Majorität der Stadtverordneten für Empfänge, Tagungen, sportliche Veranstaltungen usw. legenreich wirkenden Instituts vorhanden sind. Dem hohen Stadtrat sprechen wir für sein überzeugendes Eintreten für die gute Sache unseres Landes aus. Das hohe Ministerium des Innern bitten wir, die bisher gewährte hochherige Staatsunterstützung auch weiterhin dem partizipativen Zentralarbeitsnachweis zu gewähren. Der Evangelische Arbeiterverein wird nach wie vor seinen wenigen auch bescheidenen Mitteln den Nachweis unterstützen.“

Jetzt kommen also auch „nationaler Arbeiter“ der reaktionären Stadtparlamentsmehrheit an den Tagen, die sonst ihre Schutzzüge mit bilden.

Die Dresdner Wohnungsklage soll morgen Freitag abend in einer großen öffentlichen Versammlung im Ständesaalpalast, Zwingerstraße, behandelt werden. Bei der Aktualität des Themas ist hoher Besuch zu erwarten. Der Stadtrat und die Stadtverordneten sind lärmäßig eingeladen. Die Versammlung beginnt 9 Uhr. Der Reiter folgt freie Aussprache für jedermann.

Hygieneausstellung. Am Sonntagabend den 30. September findet im Kongresssaal der Ausstellung von 7 Uhr abends ein großes Monstervergnügen statt, bei dem fünf Kapellen befinden sind. Bei ungünstiger Witterung wird das Konzert in den Sälen des Hauptrestaurants abgehalten. — Am Sonntagabend ist an dem gleichen Abend ein großes Feuerwerk, das wieder eine Anzahl neuer Zugnummern enthält. Der Eintrittspreis beträgt an diesem Tage von 8—10 Uhr morgens 2 M., von 10 Uhr an 1 M., auch abends nach Schluß der Hallen. Von mittags 12 Uhr an haben die Daueraffärten keine Gültigkeit.

Die Arauen der Kinderkunstkommission des 4. Kreises veranstalten Dienstag den 3. Oktober ihren letzten Ausflug mit den Kindern, verbunden mit Kinderfest im Friedensbad, wo die Eltern und die Freunde der Kinderkunstkommission willkommen sind. Treffpunkt Pleisch und Trachenberge 1½ Uhr bei Frau Berger, Barbarastrasse 47, die innere Stadt 1½ Uhr Ecke Bautzner Straße und Augustusstraße, die der Zweckbörse 2 Uhr Bischofsweg. Die Kinder, die das Kinderfest minnen wollen, haben sich bis Sonntag mittag eine Stunde für 15 Pf. zu kaufen bei: Frau Lemmuth, Böhlker Straße 25, 2. Frau Berger, Barbarastrasse 47, 2. Frau Dittmann, Hochstraße 11, 2. Frau Möller, Hochstraße 4, 2. Die Kinder sollen die Arbeiten, die sie für die Kinderkunstkommission im Wald und zu Hause gearbeitet haben, bis Sonntag mittag bei genannten Frauen mit abgeben, um eine kleine Ausstellung damit veranstaltet zu können.

Der Wissenswerteste der Sächsischen Staatsbahnen mit sämtlichen Linien Thüringen, des Harzes, des Niedersächsischen Landes und Westfalens erscheint jetzt in seiner Winterausgabe im Verlag der H. C. u. A. Rothe. In den Buch- und Papierhandlungen und Bahnhofsbuchhandlungen ist er für

30 Pf. käuflich. Die beiden Eisenbahnsarten ermöglichen schnelles Finden der gefüllten Stationen. Die Schnellzüge sind durch schräggestellte Ziffern gekennzeichnet, die Schnellzüge der Zeichen, deren Bezeichnung bei Benutzung des Fahrplans eben zu entziehen ist, befindet sich auf der leichten Seite des Fahrplanaufklebers auf Seite 71, die Postkarte auf Seite 1 und der gelben Einlage, wonach die Hotelkarte folgt. Die aus Chemnitz-Neukirchen sind auf Seite 84 ersichtlich.

Bermischte Nachrichten. Als am Montag mittag der 12 Uhr der in der Richtung nach Freiberg verkehrende Personenzug sich dem Übergang am sogenannten Bismarckbrücke näherte, bemerkte der Lokomotivführer, daß die Schranken nicht verschlossen waren. Da mit keinem Übergang zu mittag viel begangen wird, ließ der Lokomotivführer den Zug halten. Zur selben Zeit riefte ein Bahnwärter schlafend an. Als er ihn geweckt hatte, lief der Bahnwärter schnell hinaus und schlug die Bahnbarriere. Durch die Bahnfeuerwehr des Lokomotivführers war ein Unglück vermieden worden. Der Bahnwärter bestreitet, daß er geschlafen habe. Bahnwärter schranken vergessen und dabei die Bedienung der Bahnwärter vergessen.

Die Kommission des 5. Kreises veranstaltet am 4. Oktober das Schlaffest der diesjährigen Kinderturner im Gambrinus, Löbtauer Straße, Karton 20 Pf. unter die Kinder, die sich beteiligen wollen, bis Sonnabend ab 19 Uhr bei Frau Sophie, Jößnerstraße 16, 4. Frau Preißler, Böhlker Straße 47, 3. und Frau Lischen, Ritterbergstraße 6, ab 19 Uhr Schützenplatz. Eltern, Förderer und Freunde sind eingeladen.

Aus der Umgebung.

Leuteritz. Eingerissen wurde bei dem bisherigen Milchhandel aufgrund. Die noch unbekannten Täter stahlen eine Kassette, enthaltend mehrere Sparlöffelbücher mit 3000 Pf. Gehalt, eine größere Summe Geldes sowie verschiedene Sammlungen.

Großzschochwitz. Um die hiesige Gemeindevorstände haben sich bis jetzt 114 Bewerber, darunter Bürgermeister, Gemeindevorstände, Registratoren, Käffner, Juristen u. a. gemeldet.

Niederwartha. Der große Automobilverkehr, der auf der hiesigen Landstraße und auch über die Eisenbahnlinie zu bezeichnen ist, verursacht erheblichen Staub. Die Staubwände sind oft so groß, daß heran kommende Pflüge die Eisenbahnsteige nicht erkennen können. Aus diesem Grunde läßt die Staatsbahnverwaltung an der Eisenbahnlinie die Einsichtswelle mit einem Teerüberzug versehen.

Dorfhain-Klingenberg. Man schreibt uns: Es ist Jahr her, als ehrliche Turner einen Arbeiterturnverein in Dorfhain und Klingenberg gründeten. Bei dem am Sonntag veranstalteten Sommerabturnen zeigte sich, daß man mit Leistungen zufrieden sein kann. Hoffentlich leben die Deutschen Turner, die auch meistens Arbeiter sind, bald ein, doch auch in den Arbeitervereinen gehören, um allgemein haben Parteigenossen dort zu bleiben. Auch können sich manche Einwohner nicht vertragen, manchmal dem Arbeiterverein eins anzuhängen. So behauptete der Sattlermeister Kübler, es gäbe keinen „lippigen“ Verein wie der in Klingenberg taurt. Wenn der Herr sich am Sonntag die Sache angeschaut hätte, dann würde er wohl zu dem Ergebnis gekommen sein, daß die Arbeiterturner das Turnen erlernen, als die meisten deutschen Turner. Darum, Freunde, alle die ihr turnen wollt, turnt im Arbeiterturnverein.

Gerichtszettelung.

Bandgericht

Auktions- und Darlehnschwindel verübte der 1892 in Erfurt geborene Louis August Friedemann genannt Graule. Der Angeklagte hat Kaufmann gelernt, ist dann aber zur Schriftstellerkarriere übergegangen und will früher für mehrere Zeitungen gearbeitet haben. Er ist ab im Besitz einer italienischen Medaille für Kunst und Wissenschaft, die ihm an Empfehlung überreicht worden ist. In den letzten Jahren hatte er eine Fachzeitschrift: „Schild und Stiel“ herausgegeben. Dieses Unternehmen wollte aber nicht recht florieren, er brachte es auf 90 Abonnenten, die je vierteljährlich 2 M. bezahlten. Das Geschäft in die Höhe zu bringen, beschloß er, sich zunächst eines Buchhalters zu engagieren, trotzdem er selber Arbeit für ihn batte. Die Hauptfahrt war, daß der Betreffende 600 M. in das Geschäft eingeholt. Es fand sich auch einer von denen, die nicht alle neben dem Beruf auch erarbeitet haben. Sein Gehalt sollte ihm sein Darlehen beim Lösen des Verhältnisses ausgeschafft werden. Nachdem der erste Monat vorüber war, konnte der Buchhalter seinen Gehalt bekommen, die Darleihsumme von 600 Mark war aber auch verbraucht, infolgedessen hatte der Darleihende das Nachsehen. Dasselbe Manöver wiederholte sich in einem weiteren Vertragsvertrags, der 600 M. eingeholt. Dieser Darleihende hatte für das ganze Geschäft verpfändet, trocken unter Angestellte bemüht, das Geschäft an einen weiteren Betreiber zu verkaufen. Aus dem Käufer wurde festgestellt, daß der Betriebsschaden schon viele Jahre sehr düster hin. Im Jahre 1903 hat er den Offenbarungscodiz gekleist. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis.

Siedler-Gesellschaft brachte den 19-jährigen Hans Hermann Max Fischer auf die Ankündigung. Der Angeklagte hatte der junge Mann seine Lehre bei einem hiesigen Kaufmann erlernt, der auch gleichzeitig Lotterielotterie war. Er erhielt nach der Lotterielotterie zu verwalten und hat von Oktober 1910 bis Juli 1911 6075 M. unterschlagen und ausgegeben. Mit noch jungen Leuten besuchte er häufigsches Hochzeit. Das Geschäft wurde aber nicht die Mädchen, sondern meist die Witwen. Der Verkäufer nahm Gelegenheit, den Staatsaufwand auszunehmen zu machen, daß es doch möglich sein müsse, gegen die Befordelbaren einen Gewinn zu erzielen. Das Urteil lautete, unter Annahme minderer Strafe auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

Schöffengericht

Das Brandungsläß in Böhlitz war der Regenlande Priviliegier des Vorstandes des dortigen freiwilligen Feuerwehr gegen unseren Verantwortlichen, Genossen Zwirko. Die Feuerwehrleiter Leipziger, Böhme, Uhle und Hermann führten sich beleidigt durch eine von mir in der Nummer vom 17. August zum 20. September 1911 gebrachte Zeichnung eines Augenzeugen. Der Augenzeuge wünschte, daß er morgens 2½ Uhr am Brandort erschien und daß der Feuerwehrleiter würde, von der Feuerwehr sei aber noch nichts zu hören gewesen. Obwohl es sich um ein Wohnhaus handelt, habe dann die Feuerwehr zwar gelöscht, aber sie sei nicht in erster Linie an die Feuerwehr von etwaigen Menschenleben herangegangen. Stattdessen den alten Säcken und sonstige Sachen in Sicherheit zu bringen, hätte die Feuerwehr lieber eine Leiter bringen und die Fenster einschlagen sollen, dann wäre es mit der Rettung der Menschenleben vielleicht nicht so spät geworden. So habe aber das Publikum die Leute aus bei der Nachbarschaft holen müssen, denn die Feuerwehr habe getrennt, was sie tun konnten. Die Feuerwehr habe tapfer gehandelt. Das mög-

Halteure u. Pappdachdecker

Sonntag den 1. Oktober, nachmittags 3 Uhr

Versammlung

im Restaurant "Florenz", Kasernenstr. 16.

Zugangs-Ordnung:

Angenommen zu dem Verhalten der Firma Waldemar

Wolner, Dampfschiffahrt, betreut unseres Landes.

Gewerkschaftliches.

Die Kollegen der Firma Höpflner werden hierzu besonders ein-

laden. Besuch aller bei anderen Firmen Beschäftigten

ist erlaubt.

Die Verwaltung.

Turnverein „Freie Turner“, Löbtau.

Sonntagnachmittag den 30. September 1911

Komödie mit Rekruten-Abschied

im Saal der Gambrinus-Brauerei, Löbtauer Str.

Aufzug 7½ Uhr. — Ende 2 Uhr.

Eintritt frei.

Der Vorstand.

einige Freie Turnerschaft, Dresden.

Nachmittag den 30. September 1911, im großen Saale des

Volkshauses, Nienburgstraße:

Turnabend verhd. Rekruten-Abschiedsfeier.

Turnen, Humor, Tanz, Lotterie usw.

Aufzug 7½ Uhr. — Ende 2 Uhr. — Eintritt 20 Pf.

Der Turnrat.

abendabend hinter dem Großen Garten

Strassenbahnlinie 12, direkt bis zur Rennbahn,

sonntag den 1. Oktober, nachm. 3 Uhr

Grosser Sachsenpreis

über 100 Kilometer mit Motorführung.

Es starten:

Eickermann Scheuermann
Darragon Janke Walther.

Beginnen:

Germania-Preis Mannschafts-
rennen über
10 Kilometer.

Preise der Plätze:

1. Platz Innenraum 4.80, Riegel 4.20, Tribüne 8.15, 1. Platz

2. Platz 1.85, 3. Platz 0.80 Pf.

2. Platz Innenraum 3.80, Riegel 4.20, Tribüne 8.15, 1. Platz

3. Platz 1.80, 4. Platz 1.00 Pf.

In der Tagessicht: Für Kinder und Schüler Innenraum 2.85,

Platz 1.00. Für Kinder und Schüler vom Feldwehr

abwärts 2. Platz 0.80, 3. Platz 0.55 Pf.

abwärts 2. Platz 0.80, 3. Platz 0.55

Konsum-Verein „Vorwärts“

Manufaktur- und Schuhwaren-Geschäfte

Große Zwingerringstraße 12
Königsbrücker Straße 38

Für den

Oktobe-Umzug

empfehlen:

Gardinen

Gardinen, weiss und creme, 125 cm breit	50 Pf.
Gardinen, weiss und creme, 130 cm breit	60 Pf.
Gardinen, weiss und creme, 135 cm breit	70 Pf.
Gardinen, weiss und creme, 140 cm breit	80 Pf.
Gardinen, weiss und creme, 150 cm breit	100 Pf.
Gardinen, weiss und creme, 150 cm breit	125 Pf.
Gardinen, weiss und creme, 160 cm breit	135—200 Pf.
Scheibengardinen, weiss und creme	30—75 Pf.
Spachtelkanten, weiss und creme	45—135 Pf.
Tüllspachtelkanten, weiss u. creme	75—200 Pf.
Kunstlergardinen	135—250 Pf.
Spachtelviträgen, weiss und creme, abgepasst	235—750 Pf.
Viträgenkörper, weiss und creme	55—75 Pf.
Viträgen-Damaste, creme und gold	65—150 Pf.
Brise-bise, creme und weiss	45—150 Pf.
Zaggardinenstangen	50 Pf.
Portierenstoffe — Lambrequins	95—250 Pf.

Linoleum

Läufer, 67 cm breit	a Mtr. 1.15 M.
Läufer, 90 cm breit	a Mtr. 1.50 M.
Läufer, 110 cm breit	a Mtr. 1.90 M.
Läufer, 200 cm breit	a Mtr. 3.25 M.
Nur schöne Muster in Parkett einfarbig mit Kante u. gebürtig	
Linoleum, 200 cm breit, braun	6.00 M.
Linoleum, 200 cm breit, braun	4.50 M.
Linoleum, 200 cm breit, rot	4.50 M.
Linoleum-Vorlagen und Teppiche, Beste Marke, keine Ueberbestandware.	

Wachstuch

Axminster-Teppiche	von 10.50—45.00 M.
Velour-Teppiche	von 18.00—42.50 M.
Steppdecken, Schlafdecken	von 3.50—14.00 M.
Kamelhaardecken	von 9.50—26.00 M.
Möbelstoffe, Fensterfriese	von 2.50—4.50 M.
Läuferstoffe	von 0.30—2.50 M.
Barchentbetttücher	von 1.35—3.00 M.
Wachsbarrent, 85 cm breit	von 1.20—1.30 M.
Wachsbarrent, 100 cm breit	von 1.25—1.40 M.
Wachsbarrent, 115 cm breit	von 1.60 M. an
Gummidecken	von 3.25—4.50 M.

40 Spezial-Waggons

bringen
die als Butter-
Ersatz beliebten
Van den Bergh'schen
Margarine-Erzeugnisse,
voran

Cleverstolz und Vitello

bis an die Grenzen des Reichs.

Stets frisch zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Sparkasse Briesnitz-Dresden

— Straßenbahnhäfen —
Einlagen, die bis 4. Oktober erfolgen, werden für Monat
Oktober noch voll verzinst. — Zinsfuß 3%, Prozent.



Villnöher Str. 14, Tel. 3102	Rießelbörger Str. 47 Tel. 4114
Alaunstraße 4, 2257	Wettinerstraße 17, 1635
Bißmarckplatz 13, 4162	Diosenstraße 43, 1735
Böllnerstraße 12, 2806	Gedächtnistr. 27, 4596
Bieneerstraße 11, 4871	Torgauer Straße 10, 1539
Wartbauer Str. 14, 4050	Trompeterstraße 5, 2967
Wittenbauerstr. 24, 3970	Rießelbörger Str. 18, 4114

Kontore, Lagerreien, Verhandl. Wölfnitzstr. 1, Tel. 1634.

Unser Hochseefischdampfer „Balduin“

hat wieder einen großen Fang gelandet.

Heute in feinsten Qualitäten zu erwarten:

1 Waggon frischer Seefisch in teuren Zeiten die vorteilhafteste Nahrung.

Besonders empfehlenswert ist:

Seelachs ohne Kopf, in großen fetten Stückchen	16 Pf.
Goldbarsch ohne Kopf, delikat und fett wie Lippfisch	20 Pf.
Lengfisch ohne Kopf, in prächtigen großen Stückchen	20 Pf.
Hochfeine grüne Heringe delikat zum Braten	25 Pf.
Schellfisch, portionsgroß	Pfund
Kabljau, „Helg.“	28 Pf.

— Ausführliche gedruckte Rezepte gratis.

Möbel

Tränkers Möbelhaus, Görlitzer Straße 21/23.

Niedrige Auswahl.
Solid. Bekannt preiswert.
Prätausstattungen von 300 M. an.

Beginn

mit Abendkurse für Anfänger und Nachmittagskurse für Sieber.

Englisch: Montag den 2. Oktober, abends 8 1/2, Uhr

Französisch: Donnerstag den 5. Oktober, abends 7 1/2, Uhr

Leicht fühliger Unterricht — Sorgfältige Anleitung zum Sprechen.

Preis vierteljährlich 5 Mark.

Helene Reichelt, Luisenstraße 22, 3.

Wir empfehlen:

Dr. Rudolf Franz:

Die schönsten Märchen für die nationale Kinderwelt

mit zauberlichem Bilderschmuck von Reinhard Pfeiffer.

Elegant broschiert 1. Aufl.

Die Bearbeitung der bekanntesten und beliebtesten deutschen Märchen im Sinne des Reichsverbandes zur Verteilung der Sozialdemokratie bietet als ein ganz neues und eigenartiges Kompliment aus dem Gebiete der politischen Sozialdemokratie bis zur Lüderlichkeit entwickelt zu sehen.

zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Gr. Zwingerringstraße.

Militärtatfel und Schuhe
Gelegenheit in Schuhwaren oder
Art, Touristen- und Winterwurf,
Artsel, Rucksäcke, Reiserinnen, Sport-
hosen usw. verkauf billigt

Rich. Nicolai, 84, Altkirchstr. 1.

Frauen-Tee
R. Freileben
nur Postplatz.

Gewissen- und Uhr-
Feder 75 Pf., Reichenbach 1 M.
Drehgasse 1a, 1. Etage

Potschappel

Verleihungen auf die Preis-
Volksschule sowie Literatur, Insekten, Krebsen,

nimmt entgegen

Frauenlob Buch- u. Papier-

Handlung

Dresdner Straße 44

geb. Käthe, Käthe, Käthe

Wettinerstraße 17, 2. Etage

Ein gut erhaltenes Pa-
tientenbilligt zu verkaufen

Coswig

Wilhelmstraße 17, 2. Etage

Es werden viele Ge-
schäfte gemacht.

Vertrete

Bei hohem Verdienst für den
und Gewerbeleistungsbild der

gesucht. Räther: Hermann

Schlegel, Schlettstadt

Halle a. S.

Meister Frau am Tag zu
Geburt geführt. Off. Tel. 1000 am Raum-
Dienstamt. Großherzogliches

Werkzeug

Johannes Großmann

im Krankenhaus und bei
maliger Operationen kann
voller Krankenlager wach-

seien ist.

Dr. Cotta, 27. Sept. 1911

Die tiefrauende Frau

Transvaal Großmann

Die Beerdigung fand
Sonntagnachmittag 9 1/2 Uhr
im Friedhof Friedhof statt.

Um zahlreiches Geleit erhielt

Die Bezirkverwaltung.

+ Frauen! +

Hygienische Badearbeiten

erprobte und bewährte Mittel bei

Blutstockung empfiehlt

Frau Wünsche, Poststr. 22, 2.

Ausfungrat. 10 Prog. Rabatt.

Den Verteilern hiermit zur Kenntnis, daß unser Ritter

gleich, der Töchter

Johannes Großmann

nach schwerem Leid verschieden ist.

Der Leidtragende

Die Beerdigung findet Sonntagnachmittag 9 1/2 Uhr

im Friedhof Friedhof statt.

Um zahlreiches Geleit erhielt

Die Bezirkverwaltung.

6. Kreis. Bezirk Cotta.

Den Verteilern hiermit zur Kenntnis, daß unser Ritter

gleich, der Töchter

Rudolf

im Alter von 9 Jahren am Dienstag nachmittag 5 Uhr an

folgen seiner schweren Verleppungen gestorben ist.

Gustav Jäger und Familie

Die Beerdigung findet Sonntagnachmittag 2 Uhr

im Löbtau Friedhof statt.

Für die vielen wohlwollenden Beweise herzlicher Anteilnahme

beim Beisammensein mit dem

Reichsführer

und seinen Freunden

